

Kurt Beck droht Verlust der absoluten Mehrheit

Mainz. Knapp zwei Monate vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz muss die derzeit unter Ministerpräsident Kurt Beck allein regierende SPD herbe Verluste befürchten. Die Sozialdemokraten liegen im ZDF-Politbarometer bei 37 Prozent, die CDU knapp dahinter bei 35 Prozent. Die Grünen erreichen 13 Prozent, die FDP kommt auf fünf Prozent. Die Linke würde auch in Rheinland-Pfalz mit vier Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern.

In Baden-Württemberg, dort wird auch am 27. März gewählt, liegt die schwarz-gelbe Koalition vorn. Trotz des anhaltenden Streits über das Bahn-Projekt Stuttgart 21 legt in Baden-Württemberg die CDU von Ministerpräsident Stefan Mappus gegenüber der November-Umfrage zwei Punkte zu auf 41 Prozent. Die FDP gewinnt in ihrem Stamm-land nach der Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen einen Punkt auf sechs Prozent. Während die SPD bei 19 Prozent bleibt, büßen die Grünen einen Punkt ein. Allerdings sind sie mit 25 Prozent mehr als doppelt so viel stark wie bei der Landtagswahl 2006. Die Linkspartei würde mit vier Prozent den Einzug in den Landtag verpassen. *afp/rtf*

Mehr Männer in Pflegeberufe

Passau. Familienministerin Kristina Schröder (CDU) will mehr Männer für den Pflegeberuf gewinnen. Schröder sagte der „Passauer Neuen Presse“, bisher arbeiteten fast ausschließlich Frauen in den Pflegeberufen. „Wir müssen mehr Männer für den Pflegeberuf begeistern“, sagte sie. Schröder sagte, gerade männliche Pflegebedürftige wollten gerne von Männern gepflegt werden. Sie setze deshalb darauf, dass der neue Bundesfreiwilligendienst dazu beiträgt, Männer an Pflegeberufe heranzuführen. „Wer sich einige Jahre als Pflegehelfer bewährt hat, sollte künftig unabhängig von den Schulnoten die Chance erhalten, sich zum Altenpfleger weiterbilden zu lassen“, sagte sie. *dapd*

Tarifgespräche für Staatsdiener

Berlin. In Berlin haben am Freitag die Tarifverhandlungen für die 585 000 Angestellten des öffentlichen Dienstes von 14 der 16 Bundesländer begonnen. Die Gewerkschaft fordert fünf Prozent mehr Gehalt, die Länder streben hingegen eine Nullrunde an. Die Verhandlungen wurden am Nachmittag ergebnislos vertagt. Die Arbeitgeber, die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) lehnte die Forderung ab, legte aber kein eigenes Angebot vor. Das Geld sei nicht da, so Niedersachsens Finanzminister Möllring (CDU). *afp*

Linkspartei gegen Burka-Verbot im Job

Berlin. Die Linkspartei spricht sich gegen ein Burka-Verbot am Arbeitsplatz aus. Durch ein solches Verbot würden Frauen davon abgehalten, ein selbstständiges Einkommen zu erwirtschaften, so die Abgeordnete Christine Buchholz. Das könne nicht im Interesse derjenigen sein, die „sich die Emanzipation der Frau auf die Fahnen schreiben“. *dapd*

„Wir laufen der SPD nicht hinterher“

Norbert Röttgen (CDU) über Neuwahlen und Koalitionen

Wilfried Goebels

Düsseldorf. CDU-Landeschef Norbert Röttgen sieht „derzeit“ keinen Grund, bei Neuwahlen für den Notfall über eine große Koalition in NRW nachzudenken; trotz der drohenden Milliardenzahlungen des Landes für die WestLB. „Wir laufen der SPD nicht hinterher“, sagte der Bundesumweltminister. „Zuerst müsste die Landesregierung erklären, dass sie gescheitert ist. Die CDU ist nicht der Hilfsmotor für die SPD.“ Röttgen erinnerte daran, dass die Union nach der Landtagswahl für Verhandlungen über eine große Koalition zur Verfügung

gestanden hatte. Dies habe die SPD aber abgelehnt.

Röttgen warf NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) vor, ihr fehle eine klare Vision und sie zeige sich in der Finanzkrise „führungs-schwach, hilflos und sehr reizbar“. Das werde die Aussichten für die SPD bei Neuwahlen nicht verbessern. Während die NRW-CDU in Meinungsumfragen im Dezember noch vier Punkte hinter der SPD gelegen habe, stehe die Union heute mit 35 Prozent einen Punkt vor der SPD. „Dabei sind die jüngsten Skandale noch gar nicht eingepreist“, sagte Röttgen. Aus Sicht des Bundesumwelt-



Norbert Röttgen Foto: Kreikenbohm

ministers hat Ministerpräsidentin Kraft eine Minderheitsregierung gebildet, „die dem Land nicht gut tut“. Deshalb wolle die NRW-CDU die Landesregierung so schnell wie möglich ablösen. Der CDU-Politiker sieht die eigene Partei nach der Abwahl im Mai 2010 in NRW wieder

auf einem guten Weg. „Ich bin jetzt vier Monate im Amt, und wir arbeiten als Mannschaft hervorragend zusammen.“ In Umfragen trauten ihm 40 Prozent der Bürger eine solide Haushaltspolitik zu, Hannelore Kraft hingegen nur 33 Prozent, rechnete Röttgen vor. „Die Bürger haben also bereits nach einer kurzen Zeit eine klare Sicht gewonnen, wo die Profile liegen.“

Ziel: Stark sein

Röttgen legte sich für den Fall von Neuwahlen nicht auf einen möglichen Koalitionspartner fest. Strategisches Ziel der CDU sei es, möglichst

stark zu sein, damit sie über viele Koalitionsoptionen entscheiden könne. Dabei schloss Röttgen auch ein Bündnis mit den Grünen in NRW nicht grundsätzlich aus. „Über die Möglichkeiten von Koalitionen entscheiden die Bürger mit ihren Stimmen.“ Auf Einladung der Grünen hatte es kürzlich ein Gespräch der Landesvorsitzenden von CDU und Grünen gegeben. Röttgen hatte vorher öffentlich erklärt, dass „Schwarz-Grün nicht tot ist“. Bei fünf Parteien im Landtag muss sich die CDU nach Angaben Röttgens koalitionsfähig zeigen, wenn sie in die Regierung zurück will.

Der Aufschrei in der Kirche

156 Theologen fordern eine tiefgreifende Reform. Sie warnen vor einer „Grabesruhe“

Angelika Wölk

Essen. Ein Aufschrei hallt durch die Kirche. Ein Aufschrei von inzwischen 156 deutschsprachigen Theologieprofessoren und -professorinnen. Sie fordern mit bestechender Eindringlichkeit Reformen in der Kirche. „2011 muss das Jahr des Aufbruchs für die Kirche werden“, heißt es in ihrem „Memorandum zur Krise in der katholischen Kirche“. Ansonsten, warnen sie in so klaren Worten, wie sie Wissenschaftler eher selten benutzen, herrsche „Grabesruhe“, weil die letzten Hoffnungen zunichte gemacht wurden.“

»An Ihnen ist ein Priester verloren gegangen«

Was die Theologen umtreibt, was sie bewegt hat, so klar Stellung zu beziehen, das bewegt auch viele Katholiken. Sie fürchten, dass die tiefe Erschütterung, die der Missbrauchs-Skandal in der Kirche ausgelöst hat, verpuffen. Dass sich, allen Beteuerungen der Bischöfe und des Papstes zum Trotz, wieder nichts bewegt. Dass Umkehr geistig bleibt, aber nicht konkret wird. 2010, sagen dagegen die Wissenschaftler, seien so viele Christen wie nie zuvor aus der Kirche ausgetreten. „Die Kirche muss diese Zeichen verstehen“, mahnen sie. Sie schreiben ihr auch ins Stammbuch, wie sie das verstehen sollte. So fordern sie mehr Mitsprache für die Gläubigen. „Was alle angeht, soll von allen entschieden werden“, etwa wenn Priester oder Bischöfe eingesetzt werden. Zudem greifen die Theologen eine Forderung auf, die breit auf vielen Ebenen diskutiert wird: Sie fordern verheiratete Priester und Frau-



Viel Gesprächsstoff haben die Theologen den Bischöfen geliefert.

Foto: ddp

en im kirchlichen Amt. „Das kirchliche Amt muss dem Leben der Gemeinde dienen – nicht umgekehrt“, halten sie der Kirche vor. Trotz der kirchlichen Hochschätzung für die Ehe, die sie teilten, dürften Homosexuelle und wiederverheiratete Geschiedene nicht ausgeschlossen werden. Kurz nach der Veröffentlichung des Memorandums hat das Thema in Bochum bereits Wellen geschlagen. Bei

einem Theologen-Treffen im Priesterseminar, heißt es aus Teilnehmerkreisen, sei gleich darüber debattiert worden. Auch an der Ruhr-Universität ist das ein Thema. Für Thomas Söding, Professor für Neues Testament, ist der Aufruf ein Indikator dafür, dass „enormer Reform-Bedarf“ bestehe. „In großer Brei-lichkeit melden sich diejenigen, die das so sehen“, sagte er im Gespräch mit dieser Zeitung.

Zwar habe die Bischofskonferenz einen Dialog-Prozess eingeleitet, aber bisher sei davon nichts nach außen gedrungen. „Das ist der schwerste Fehler überhaupt, zum Dialog gehört Öffentlichkeit“, erklärt er. „Aber wenn man keinen echten Fakten-Check macht, wenn man die modernen Kommunikationsformen außen vor lässt, dann ist das zum Scheitern verurteilt.“ Das Memorandum sei ein Aufruf, „endlich zu einem offenen Gespräch“ zu kommen, sagt Söding.

Für Angela Halbach, Gemeindeforentin in Velbert, sprechen die Theologen offen aus, was sie seit langem bewegt: „Es ist endlich Zeit, dass sich für die Frauen etwas ändert in der Kirche, dass auch Frauen geweiht werden. Das

ist längst fällig.“ Sie fühle sich zwar ernst genommen mit ihrer Arbeit in der Kirche, „aber ich höre oft, dass die Leute sagen: An Ihnen ist ein Priester verloren gegangen.“

Weihe für Frauen

Angela Halbach, die seit mehr als 20 Jahren als Gemeindeforentin arbeitet, darf den Wortgottesdienst halten, dort auch predigen und die Kommunion verteilen, wandeln darf die Hostie jedoch nur der Priester. Auf die Beichte darf sie vorbereiten, abnehmen darf sie aber ebenfalls nur der Priester. „Es ist schon viel möglich“, lobt die 45-Jährige ausdrücklich, „aber grundsätzlich ist auch die Weihe für Frauen an der Reihe.“ *Kommentar*

BISCHOFSKONFERENZ

„Ein gutes Signal“

Die Deutsche Bischofskonferenz reagierte verhalten auf die Erklärung, aber nicht ablehnend. Es sei „ein gutes Signal“, dass sich die Theo-

logen in den Dialog-Prozess einschalten wollen, heißt es in ihrer Stellungnahme. Sie versprechen darin, auch „sperrige Themen“ aufzunehmen.

Reagan-Festspiele auf den Straßen und im Stadion

Amerika feiert den 100. Geburtstag seines 40. Präsidenten. Ronald Reagan, der Kumpeltyp und Steuerverächter, hat die Weltpolitik geprägt

Joachim Rogge

Washington. Fast sieben Jahre nach seinem Tod und 30 Jahre nach Amtsantritt ist Ronald Reagan quicklebendig. Zum 100. Geburtstag an diesem Sonntag ist Reagan längst zur nationalen Ikone geworden. In Buchläden stapeln sich die Biographien. Sonderbriefmarken, eine Rosen-Parade, Salut-Schüsse, ein Konzert der Beach Boys oder eine Videohommage vor dem Anpfiff zum Super Bowl unterstreichen Reagans Rang als politische Kultfigur. Selbst Barack Obama, den zunächst nichts mit Amerikas 40. Präsidenten

zu verbinden scheint, erwies Reagan Respekt: „Er nahm auf, was Menschen damals umtrieb: der Wunsch nach Klarheit und Optimismus.“ Im Rückblick genießt Reagan bei vielen Landsleuten fast Heiligenstatus. Nach John F. Kennedy liegt der Kalifornier auf Platz zwei der beliebtesten Präsidenten. Kurz vor seinem 70. Geburtstag war er 1980 ins Amt gekommen. Dass er geschieden war, störte Amerika nicht. Sein Charme, Witz und unerschütterlicher Optimismus machten vieles wett. Im Weißen Haus spielte Reagan, der frühere Schauspieler, die Rolle seines Lebens



Ronald Reagan, der Kumpeltyp, salutiert im Weißen Haus. Foto: afp

als Kumpeltyp von nebenan. Wie man sich in Szene setzt, hatte er in Hollywood gelernt. Der politische Einfluss dieses konservativen Erneuerers prägte Amerika weit über Reagans zwei Amtszeiten hinaus. „Gib den Reichen, dann profi-

tieren auch die Armen“, war der Startschuss zu Steuerenkungen und Sozialabbau. Für Reagan war der Staat die Quelle allen Übels. Allein im freien Markt sah er das Allheilmittel für Wohlstand und Demokratie. Doch in seiner achtjährigen Amtszeit explodierte die Staatsschulden, vor allem wegen der teuren Rüstungsprogramme. Nie war ihm zu vermitteln, dass beides zusammenhing. Sein Wissen von der Welt war begrenzt. Aus Sicht europäischer Entscheidungspolitiker war der alte Mann in Washington ein Albtraum. Sein Besuch 1987 in Berlin führte zu schlimmen

Straßenschlachten. Als naiv belächelt wurde sein Appell am Brandenburger Tor: „Herr Gorbatschow, reißen Sie die Mauer ein.“ Als gefährliche Zünder galt sein Begriff vom „Reich des Bösen“ für die Sowjetunion, die er für eine historische Verirrung hielt. Doch trennen ihn und die Republikaner von heute Welten. Kompromisse mit den Demokraten scheute Reagan nicht. Undenkbar wäre heute, dass die Republikaner einer Amnestie für Millionen illegaler Einwanderer zustimmen, wie Reagan sie 1986 für drei Millionen Menschen auf den Weg brachte. *dapd*

WORTE DER WOCHE

„Hau ab, Mubarak!“ Schlachtruf der Demonstranten in Ägypten

„Ich will gehen, wenn ich es aber heute täte, würde es Chaos geben.“ Ägyptens Präsident Mubarak

„Mubarak ist überall im Westen, vor allem in den Vereinigten Staaten, als weiser und vernünftiger Mann anerkannt.“

Silvio Berlusconi, italienischer Ministerpräsident

„Die Vereinbarung ist krachend gescheitert, für die Frauen hat sich kaum etwas bewegt“ Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zur Freiwilligkeit von Frauenförderung in der Wirtschaft

„Ich halte von der staatlichen Einheitsquote gar nichts“ Bundesfrauenministerin Kristina Schröder (CDU)

„Ich sehe, dass die Frauenquote zurzeit nicht durchsetzbar ist“ Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

„Er ist ein belasteter Mensch, der nicht wusste, wohin mit seiner Last. Er muss wohl im wahrsten Sinne des Wortes vom Teufel geritten worden sein.“ Die Eltern des ermordeten Mirco über den Täter

Entscheidende Runde über Hartz-Reform

Berlin. Die Verhandlungen über die Hartz-IV-Reform gehen am Sonntagabend in die entscheidende Runde. In einem Spitzengespräch, das voraussichtlich bis in die Nacht dauern wird, soll in den strittigen Fragen Einigung erzielt werden. Dann könnte der Bundesrat nächsten Freitag die Reform verabschieden. In dem Vermittlungsverfahren geht es um drei Themen: die Höhe der Regelsätze für die insgesamt 6,5 Millionen Hartz-IV-Empfänger, die Bildungsförderung für Kinder und um Mindestlöhne für Leiharbeiter. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Steinmeier, warf der Regierungskoalition vor, durch innere Zerrissenheit substanzielle Fortschritte bei den Verhandlungen verhindert zu haben. *dapd*

Ermittlungen gegen Soldaten

Mainz. Nach dem neuen Schusswaffen-Vorfall bei der Bundeswehr in Afghanistan kehrt der beschuldigte Soldat nach Deutschland zurück und muss sich einem Ermittlungsverfahren stellen. Der Soldat, der vor einer Woche einem anderen eine Waffe an den Kopf gehalten haben soll, werde „repatriert“, sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums am Freitag. Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Verdachts auf Bedrohung. *afp*

Guttenberg lässt sich von Bruder vertreten

Aachen. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg lässt sich bei der Verleihung des „Ordens wider den Tierischen Ernst“ in Aachen von seinem jüngeren Bruder Philipp vertreten. Dies teilte der Aachener Karnevalverein mit. Guttenberg (CSU) sollte am 19. Februar zum 61. Ordensritter gekürt werden, sagte aber seine Teilnahme Ende Januar ab. Als Begründung nannte er die angespannte Lage in Afghanistan. *dapd*